

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

Fast 500 Genossinnen und Genossen sowie Freundinnen und Freunde der Bremer SPD nahmen am 11. Januar 2019 am Politischen Jahresauftakt der Landesorganisation in der Union Brauerei in Bremen-Walle teil. Die Rede von Malu Dreyer, Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz und stellvertretende Parteivorsitzende, begeisterte die Gäste.

VERSprochen. GEHALTEN!

BREMEN KAUFt DIE WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT BREBAU.

Von Bürgermeister Carsten Sieling, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Versprochen ist versprochen. Vor 2 Jahren habe ich öffentlich mein Ziel formuliert, den städtischen Wohnungsbau zu stärken und die BREBAU zu kaufen. Nach zähen, monatelangen Verhandlungen mit der Sparkasse, übernimmt die Stadt nun 100 Prozent der Wohnungsbaugesellschaft BREBAU. Damit schlagen wir in Bremen ein neues Kapitel im städtischen Wohnungsbau auf!

Für mich ist klar: Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir dürfen das Recht auf Wohnen nicht den Kräften des Marktes überlassen. Das aber bedeutet vor allem, dass der Staat noch viel stärker als bisher, wieder die Kontrolle über Mieten und Planungen beim Wohnungsbau übernehmen muss.

Mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter

Natürlich gibt es auch städtischen Wohnungsbau nicht zum Nulltarif. Allein für den Kauf der Wohnungsbaugesellschaft BREBAU wird die Stadt viele Millionen Euro in die Hand nehmen müssen –

Geld, dass wir durch den Verkauf der Anteile der Bremer Landesbank eingenommen haben.

Ich bin aber sicher: Jeden Euro, den wir für bezahlbare Mieten in die Hand nehmen, ist gut angelegtes Geld. Für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land insgesamt. Und natürlich ganz konkret für zigtausende Mieterinnen und Mieter, die wir dadurch langfristig vor Mietspekulanten und Heuschrecken-Investoren schützen.

Die BREBAU ist als Unternehmen sehr gut aufgestellt und mit gut 6.000 Wohnungen im eigenen Besitz und rund 5.000 weiteren Wohn- und Gewerbeinheiten in der Verwaltung nach der GEWOBA die zweitgrößte Wohnungsbaugesellschaft in unserer Stadt.

Was mir besonders wichtig war: auch die Ausrichtung der GEWOBA bleibt städtisch mit privater Beteiligung. Anders als von einigen behauptet, wird Bremen zukünftig mit 75,1% an der GEWOBA sogar noch deutlich stärkeren Einfluss haben und der Bankenpool mit einer starken Beteiligung der Bremer Sparkasse auch bremisch geführt sein, um auch den GEWOBA-Mietern eine gute Zukunft zu sichern.

Städtischen Wohnungsbau vorantreiben

Mit der BREBAU und GEWOBA in städtischer Hand stellen wir nicht nur sicher, dass die Mieten von über 47.000 Wohnungen bezahlbar bleiben, sondern sorgen auch dafür, dass die Mieteinnahmen für regelmäßigen Investitionen zurück in die Gebäude fließen und nicht der Gewinnmaximierung von Aktionären und Spekulanten dienen.

Wir werden in Bremen auch in den kommenden Jahren viele neue Wohnungen bauen müssen. Denn wie schon oft in der Geschichte unseres Landes, stehen wir gerade heute vor großen wohnungspolitischen Herausforderungen. Nicht nur in Bremen selbst, in der ganzen Region fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Immer mehr Menschen müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die monatliche Miete ausgeben – eine Herausforderung, die wir nur dadurch lösen können, indem wir den Bau von bezahlbarem Wohnraum stärker selbst in die Hand nehmen. In diesem Sinne, wird die BREBAU ein weiterer wichtiger Motor für die Wohnungsbaupolitik des Bremer Senats sein. ■

IM GESPRÄCH: CLAUDIA BOGEDAN ÜBER DIE HERAUSFORDERUNGEN IM BILDUNGSBEREICH

»WIR MÜSSEN UNGLEICHES AUCH UNGLEICH BEHANDELN«

Claudia, du musst offenbar ziemlich überzeugend sein ...

Naja, ich glaube, ich weiß ziemlich genau was ich will, - allerdings nicht, worauf du jetzt abzielst.

Eine Steigerung des Bildungsetats um rund 225 Millionen Euro von 2016 bis heute, das mit bis heute 3.200 neuen Plätzen größte Kita-Ausbauprogramm Bremens: Dafür muss man schon überzeugend sein, oder?

Naja Überzeugung erfordert ja erstmal Erkenntnis - und klare Kriterien. Statt einfach davon auszugehen, dass „mehr Geld schon irgendwie helfen wird“ haben wir deshalb gezielt gesagt: Wir müssen Ungleiches auch ungleich behandeln, genaue Zahlen liefern und vor allem dort aufholen und mehr investieren, wo der größte Bedarf ist.

Und was heißt das genau?

Wir haben in Bremen wirklich hervorragende Schulen aber eben auch andere die vor echten Problemen stehen. Das ist aber weniger eine Frage der Unterrichtsqualität, die wir parallel mit unserem neuen Institut unterstützen, sondern eine Frage der Herausforderungen.

Und die bestehen worin?

Für ein gutes Lernklima brauchen wir leistungsstärkere und schwächere Schü-

ler in einer Klasse. Gerade in sozial benachteiligten Quartieren gelingt es aber häufig nicht mehr, dass eigentlich gute Schülerinnen und Schüler ihre Talente zur Geltung bringen können. Diese Kinder sind keineswegs weniger intelligent, sie kämpfen aber oft mit großen familiären, finanziellen und weiteren sozialen Problemen. Das überlagert den Unterricht und ist eine echte Herausforderung für die betroffenen Schulen. Deshalb setzen wir genau dort mit mehr Schulsozialarbeit und deutlich höherem Personal- und Mitteleinsatz an, anstatt das zusätzliche Geld mit der Gießkanne über alle Schulen zu verteilen.

Wenn man sich die vielen gewonnenen Schulpreise anschaut, scheint „gute Schule“ doch aber schon jetzt auch in sozial benachteiligten Quartieren zu funktionieren?

Genau das belegt, wie wichtig es ist, gerade dort zu investieren: Unser Ziel ist es, dass gerade Schulen in schwierigen sozialen Lagen einen Ruf über die Quartiersgrenzen hinaus entwickeln, um auch Schüler und Schülerinnen von dort anzulocken. Dass das gelingen kann, beweisen Leuchttürme wie die GSO oder die GSW. Ziel ist es, auch Oberschulen an ähnlichen Standorten so eine Entwick-

lung zu ermöglichen, indem wir dort wo mehr Unterstützung gebraucht wird, eben auch mehr unterstützen.

Dafür ist aber nicht nur Geld nötig...

„Nicht nur“, trifft es. Das Hauptproblem ist momentan, dass wir wie alle Bundesländer zu wenig pädagogisches Personal finden. Aber wir steuern dagegen. Mit einer deutlichen Aufstockung unserer Referendariatsplätze um ein Drittel, mit einem qualifizierten Quereinstiegsprogramm und auch zusätzlichen Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher. Aber: Am Ende geht es auch weiterhin um Geld.

Und das heißt?

Konkret: Ja, wir haben beim Kita-Ausbau viel erreicht. Aber bis 2023 werden wir noch einmal eine ähnliche Kraftanstrengung und ähnlich viele zusätzliche Plätze brauchen. Und: Wir brauchen nicht nur Geld für Schulneue- und -anbauten, sondern müssen bei den Bildungsausgaben pro Schülerin und Schüler mindestens an die Höhe der übrigen Stadtstaaten anschließen. Bildung ist und bleibt ein sozialdemokratischer Schwerpunkt. Dafür müssen wir uns gemeinsam im Wahlkampf und danach einsetzen – und einfach weiterhin überzeugend sein.

ZUR PERSON:



FOTO: SP/LAND BREMEN

Dr. Claudia Bogedan ist seit Juli 2015 Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen. Die in Limburg an der Lahn geborene Sozialwissenschaftlerin war zuvor von 2011 bis 2015 Abteilungsleiterin Forschungsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung. Seit 2002 ist sie Mitglied der SPD. Claudia Bogedan ist verheiratet und hat zwei Kinder.

UNSERE KITAS:
GUT UND
BEITRAGSFREI.

WIR LIEBEN
BREMEN

#WIRLIEBENBREMEN SPD

WER DIE EUROPÄISCHE UNION ERHALTEN WILL, MUSS SIE VERÄNDERN

von Joachim Schuster, MdEP

Die Verheißungen der Brexit-Befürworter, Großbritannien würde sich endlich von der Bevormundung von Brüssel befreien und von dem Austritt umfassend profitieren, entpuppen sich als Fake News und Lügen. Es zeigt sich immer deutlicher: Die populistischen Nationalisten hatten nie einen Plan, wie der Austritt bewerkstelligt werden soll. Statt der angeblichen wirtschaftlichen Vorteile werden die zu erwartenden Schäden immer sichtbarer. Wirtschaftliche Verluste von bis zu 9 Prozent für Großbritannien werden prognostiziert. Und es wird deutlich, was friedenspolitisch auf dem Spiel steht. Eine erneute Grenze zwischen Irland und Nordirland kann wieder zum Aufflammen der blutigen Konflikte in Nordirland führen.

Nationalismus bietet in der heutigen globalen Welt keine Perspektive. Dennoch sind nicht nur in Großbritannien Nationalisten auf dem Vormarsch, sondern auch in vielen anderen EU-Staaten, auch in Deutschland. Die EU hat auch einen Anteil am Er-

starken des Rechtspopulismus und Nationalismus. Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat viele gravierende Probleme hervorgerufen, die nationalistische Kräfte als Nährboden nutzen. Die von der EU mitgeprägte neoliberale Globalisierung erzeugt eben nicht nur Gewinner. Sie erzeugt auch viele Verlierer, Menschen und ganze Regionen. Die soziale Dimension der EU fand unter der konservativen Vorherrschaft kaum statt.



Deswegen: Wir müssen dem Nationalismus Freiheit, demokratische Wer-

te und europäische Zusammenarbeit entgegensetzen. Das reicht aber nicht aus. Die EU muss zugleich ihre Politik verändern. Soziale Gerechtigkeit gehört in den Mittelpunkt. Sämtliche Politiken der EU müssen darauf ausgerichtet sein, Beiträge zu sozialem Fortschritt zu liefern. Es geht um eine sozial gerechte Steuerpolitik, die den Skandal der Steuervermeidung und -hinterziehung durch Superreiche und internationale Konzerne beendet. Es geht um die Verankerung sozialer Mindeststandards in allen Mitgliedsstaaten, die allen Menschen ein würdevolles Leben und eine Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand ermöglicht. Es geht um eine Innovations- und Industriepolitik, die auch den unvermeidbaren Strukturwandel im Blick hat und verhindert, dass ganze Regionen abgehängt werden.

Bei der Wahl am 26. Mai geht es um viel. Um die Verteidigung der europäischen Werte gegen den rückwärtsgerandten Nationalismus. Und um mehr soziale Gerechtigkeit. ■



FOTO: EU-PARLAMENT

Joachim Schuster ist Bremer Europaabgeordneter für die SPD und tritt am 26. Mai 2019 erneut zur Wahl an. Weitere Informationen, Veranstaltungshinweise und aktuelle Berichte über seine Arbeit werden auf seiner Homepage und seiner Facebook-Seite veröffentlicht.

Nächste Veranstaltung
Partnerschaft zwischen EU und Afrika – Welche Anforderungen haben wir?
Donnerstag, 21. März 2019, 19:00 Uhr, Übersee-Museum

www.facebook.com/joachim.schuster.eu 
Homepage:
www.joachim-schuster.eu

TERMINE

4. MÄRZ 2019

**Nächster Halt:
Technologiepark**

Wann – und wo – hält der erste Zug an der Bremer Universität? Darüber wollen wir im Rahmen einer Podiumsdiskussion am Montag, 4. März, ab 18 Uhr im Bootshaus Störtebecker, Auf dem Wümmenstück 2, 28359 Bremen, sprechen. Auf dem Podium werden neben der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Sprehe, der OHB-Vorstandsvorsitzende Marco Fuchs, Uni-Rektor Prof. Dr. Bernd Scholz-Reiter und Gunnar Polzin aus dem Verkehrsressort die beiden Optionen für einen möglichen Haltepunkt für Züge an der Uni diskutieren. Moderiert wird die Veranstaltung von SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe. Anmeldungen sind willkommen unter:

veranstaltungen@spd-bremen.de

TRAUER UM CHRISTIAN WEBER

47 Jahre war Christian Weber in der SPD, 28 Jahre Mitglied der SPD-Fraktion und bis zuletzt 20 Jahre Präsident der Bremischen Bürgerschaft. Er fehlt.

Er hat lange und hart gegen den Krebs gekämpft. „Ach, sagt nicht. Macht da mal keine große Sache draus“, war seine Antwort, wenn man sich erkundigte, wie es ihm damit geht. Am 12. Februar ist Christian Weber verstorben. Er fehlt – uns, dem Parlament und unserem Bundesland.

Wir verlieren mit Christian Weber nicht nur unseren Bürgerschaftspräsidenten und ein von allen geschätztes Mitglied der SPD-Fraktion. Unser Bundesland verliert mit ihm einen großen Demokraten, einen glühenden Verfechter des Parlamentarismus und jemanden, der sich in seinem politischen Leben immer dafür eingesetzt hat, die Interessen der Menschen, die für ihn Mittelpunkt aller Politik waren, im Auge zu behalten. „Dass wir künftig auf seinen Rat, seine Anregungen und seine Kritik verzichten müssen, macht mich und die übrigen Abgeordneten der SPD-Fraktion sehr traurig“, so der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Björn Tschöpe.

Es war Gustav Heinemann, der Christian zur aktiven Politik gebracht hat. So hat er es berichtet. „Politik muss jedermanns Sache werden. Man darf



Christian Weber * 1.7.1946 † 12.2.2019

sie nicht den Fachleuten überlassen.“ Getreu diesem Satz hat Christian gestritten – für Beteiligung, für Zivilcourage, für Mitbestimmung und vor allem für das Mittun derjenigen, die von den jeweiligen Entscheidungen betroffen sind.

Und er hat dies leidenschaftlich getan: Zunächst im SPD-Ortsverein ‚seines‘ Quartiers Hastedt, später als dessen Vorsitzender, als Mitglied und Sprecher im Beirat Hemelingen, dann als Bürgerschaftsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Fraktion und schließlich seit 1999 als Präsident der Bremischen Bür-

gerschaft. 20 Jahre hatte Christian Weber dieses Amt inne – er war damit der am längsten amtierende Präsident aller 16 Landtagsparlamente und das nicht ohne Grund: Christian war das Amt – und das Amt war Christian. Er hat für dieses Amt gelebt – er hat für die Demokratie gelebt.

Christian Weber hat immer wieder Debatten um den Zustand und die Zukunft der Demokratie ausgelöst. Und er war dabei keinesfalls „glatt“, wie es manchen Politikern vorgeworfen wird. Im Gegenteil: Christian hat gestritten – für Bremen und Bremerhaven, für seine Ideen und seine Thesen. Und er hat sich von Widerständen nicht abschrecken lassen. „Manchmal muss die Kuh auch quer im Stall stehen“, meinte er. Mit gerade dieser Geradlinigkeit, seiner Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit hat er nicht nur in der Partei und der Fraktion, sondern vor allem die Menschen in Bremen überzeugt – und das sowohl als Mensch als auch als Politiker.

Christian wird uns als Mahner, Ratgeber, Genosse, Kollege und Weggefährte unvergessen bleiben. Seine Stimme wird fehlen, in der SPD, im Parlament, in der Fraktion, in Bremen. ■

EIN NEUES STÜCK STADT FÜR ALLE

Wir wollen das Rennbahnareal für alle Bremerinnen und Bremer öffnen und dort Wohnraum schaffen

Ein neues Quartier dort, wo jetzt ausgedehntes Grün zu finden ist? Das sorgt verständlicherweise bei den Nachbarn der Galopprennbahn für Befürchtungen. Ihr erfolgreiches Volksbegehren belegt das. Das lassen wir nicht außer Acht, sondern sehen es als Auftrag, noch deutlicher zu erklären, wie und warum wir auf dieser Fläche ein neues Stück Stadt entstehen lassen wollen.



Das Rennbahnareal soll sich öffnen

Bislang sind die 36 Hektar Rennbahngelände, abgesehen von wenigen Renntagen im Jahr und den Nutzern der Golf-Range, für die Bremerinnen und Bremer verschlossen. Die „Grüne Lunge“ auf der Grenze zwischen Hemelingen und der Vahr war und ist nur durch einen Zaun zu sehen.

Das wollen wir als SPD-Fraktion ändern. Wir wollen dieses Areal mitten in der Stadt für alle Bremerinnen und Bremer zugänglich machen. Denn wir sind uns angesichts des zunehmenden Drucks auf dem Wohnungsmarkt sicher, dass es richtig ist, dort Wohnraum zu schaffen. Und wir wollen, dass von dieser Fläche Strahlkraft für ganz Bremen ausgeht. Denn dort soll keine triste Schlafstadt, sondern ein beispielhaftes urbanes Quartier entstehen: Eigenheime, Mietshäuser, bezahlbarer Wohnraum, viel Grün-, Sport- und Erholungs-

flächen – und vor allem die Öffnung der bislang verschlossenen Fläche: Daran wollen wir arbeiten – und zwar ausdrücklich mit den Menschen vor Ort. Deswegen haben wir in zahlreichen Regionalausschüssen die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt.

Und deswegen setzen wir uns dafür ein, dass der Volksentscheid, der die Rennbahn im bisherigen Zustand belassen will, abgelehnt wird. Denn wir haben hier die riesige Chance, ein wirklich zukunftsweisendes Stück Bremen entstehen zu lassen. Für neue Nachbarn – aber eben auch für alle Bremerinnen und Bremer, die dort Erholung oder ihre Freizeit genießen wollen.

Unser Appell an alle Bremerinnen und Bremer lautet daher: Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit – lassen Sie uns an dieser Stelle eine gute Antwort darauf finden. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen